

Indigene Völker und die Klimaverhandlungen

**Die Beschlüsse der Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancún: ihre
Bedeutung für indigene Völker und Anknüpfungspunkte für
Umweltorganisationen**

Autorin: Heike Drillisch

Entwurf zur Kommentierung durch indigene Organisationen
Kommentare bitte an heike@infoe.de.



INFOE – Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V.
Melchiorstr. 3
50670 Köln
www.infoe.de



INHALT

Kurzdarstellung	S. 3
1. Indigene Völker und Klimawandel	S. 3
2. Indigene Völker: die Anerkennung ihrer Rechte in internationalen Verhandlungen	S. 5
3. Forderungen indigener Völker für die Klimaverhandlungen	S. 6
4. Berücksichtigung indigener Forderungen: von Kopenhagen nach Cancún	S. 7
5. Die Position Deutschlands	S. 11
6. Ausblick: Von Cancún nach Durban	S. 12
7. Die Umweltschutzbewegung und indigene Völker: Anknüpfungspunkte und Divergenzen	S. 13
Literatur	S. 15

GLOSSAR

AWG-LCA	Ad-hoc Working Group on Long-Term Cooperative Action
CDM	Clean Development Mechanism
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation
FPIC	Free Prior and Informed Consent
MRV	Measurable, Reportable, Verifiable
SBSTA	Subsidiary Body on
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples

Titelfoto: Bärbel Henneberger

Ein weiteres Arbeitspapier zum Thema „Indigene Völker und Klimapolitik“ wurde 2009 von Dr. Heidi Feldt im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) verfasst. Die Autorin dankt Francesco Martone vom Forest Peoples Programme für seine Einschätzungen und Kommentare zu den Ergebnissen von Cancún und den in 2011 anstehenden Verhandlungen.

Kurzdarstellung

Indigene Völker haben über Jahrhunderte durch ihre an die Natur angepassten Lebensweisen einen großen Beitrag zur Artenvielfalt und zum Klimaschutz geleistet. Nun sind sie mit die ersten, die von den Folgen des Klimawandels, aber auch von Maßnahmen zum Klimaschutz betroffen sind. Sie fordern daher die umfassende Anerkennung ihrer Rechte bei den Klimaverhandlungen und bei der Umsetzung der gefassten Beschlüsse. Nachdem sie bei den Verhandlungen in Kopenhagen 2009 und in Cancún 2010 etliche Erfolge erzielen konnten, ist es nun zentral, die Ausgestaltung der Maßnahmen auf nationaler Ebene und in internationalen Programmen zu überwachen. Auch die Bundesregierung ist gefragt, die Anliegen der indigenen Völker aktiv zu unterstützen. Für Umweltorganisationen ergeben sich eine Reihe von Anknüpfungspunkten, die bisher noch kaum genutzt werden.

1. Indigene Völker und Klimawandel

Indigene Völker machen etwa 3 - 5 % der Weltbevölkerung aus, das sind ca. 250 – 300 Millionen Menschen. Sie verwalten etwa 11 % des Waldes auf der Erde und nutzen etwa 22 % der Erdoberfläche. Schätzungen zufolge unterhalten sie 80 % der Artenvielfalt der Erde und leben in oder in der Nähe von 85% der weltweiten Schutzgebiete.¹

Doch obwohl indigene Völker selbst am allerwenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind sie mit die ersten, die seine Folgen zu spüren bekommen. Ihre traditionellen Lebensweisen sind eng an die natürlichen Lebensgrundlagen angepasst – sei es in den Regenwäldern Amazoniens, Südostasiens und Afrikas, der Arktis, dem Hochland der Anden oder dem Grasland Ostafrikas. Über Jahrhunderte haben sie Wirtschaftsweisen entwickelt, die in der Regel zum Erhalt der Ökosysteme und zur Steigerung der Artenvielfalt beigetragen haben. Darüber hinaus haben sie eine enge spirituelle Beziehung zu ihrer Umwelt, und auch ihr kulturelles Leben steht in enger Beziehung zur Natur. Spirituelle Wesen wohnen den Wäldern, Quellen oder Bergen inne, und zentrale Feste, die auch das soziale Leben der Gemeinschaften bestimmen, finden abhängig von Naturereignissen statt.

“For thousands of years, we indigenous peoples have lived in close relationship with our lands and with nature. The plants and animals in our territories are the source of our food, medicines, and livelihoods. Our waters and lands are not only useful for us, we also hold them sacred. Many of us still live a way of life where we produce and harvest what we need, but also ensure that our natural resources will be there for our children and future generations.”

What is REDD? S. 12

Jede Veränderung des Klimas und der Ökosysteme hat daher tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte (Über-)Leben der indigenen Völker. Ihre Nahrungsgrundlage, ihre Gesundheit, ihre Wirtschaftsweise, ihre traditionelle Lebensweise und Kultur und damit auch ihre Menschenrechte und ihre Souveränität als indigene Völker sind durch den Klimawandel bedroht.

¹ Galloway McLean, Kirsty (2010), S. 6

Der Ort Shismaref an Alaskas Küste zur Behringstraße hat bereits traurige Berühmtheit erlangt. Durch das Schmelzen des Meereseises ist die Küste schutzlos den Stürmen ausgeliefert, was zusammen mit dem Auftauen des Permafrostbodens zu einer dramatischen Zunahme der Erosion geführt hat. Das gesamte von Inuit bewohnte Dorf ist daher zum Umzug ins Landesinnere gezwungen. Auch die Winterjagd und die Eisfischerei werden durch das Schmelzen des Eises in vielen Gegenden der Arktis stark eingeschränkt.

Im Hochland von Peru bedroht das Abschmelzen von Gletschern die Viehzucht und damit die traditionelle Lebensweise indigener Gemeinschaften der Quechua und Aymara. Da einige Gletscher schon komplett geschmolzen sind, finden die Tiere in manchen Gegenden kein Wasser und Gras mehr. Auch wenn die indigene Bevölkerung an extreme Temperaturunterschiede, gefrorenes Wasser und die geringe Bodenvegetation seit jeher gewöhnt ist, ist das durch den Klimawandel hervorgerufene jetzige Ausmaß an Trockenheit existenzbedrohend.

Auch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und die International Union for Conservation of Nature (IUCN) bestätigen, dass die Regionen, in denen die meisten indigenen Völker leben – Arktis, tropische Wälder, Hochgebirge, Savannen, Inselstaaten – mit am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden und die dortige Bevölkerung am stärksten unter den Folgen leiden wird².

Doch nicht nur der Klimawandel selbst, auch Maßnahmen zum Klimaschutz können gravierende Auswirkungen auf die Lebenssituation indigener Völker haben. Projekte zum Waldschutz (REDD) oder im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) können die Landrechte Indigener, ihren Zugang zu Land und Nahrung und damit zahlreiche weitere Rechte verletzen.

Indem die Klimaschutzinitiativen zusätzliche Möglichkeiten schaffen, mit Wäldern Geld zu verdienen, wecken sie neue Begehrlichkeiten. Indigene VertreterInnen befürchten daher, dass Regierungen umso geringeres Interesse haben, die Rechte Indigener an den von ihnen genutzten Waldgebieten anzuerkennen und eventuell sogar bereits gemachte Zugeständnisse widerrufen. Demarkierungsprozesse zur Sicherung indigenen Landes könnten ins Stocken geraten. Es könnten neue Schutzgebiete zum Schutz von Wäldern als Kohlenstoffspeicher entstehen, die die anderen Funktionen des Waldes igno-

REDD (+)

Wälder speichern eine große Menge Kohlenstoff. Ca. 17-20 % der Kohlenstoffemissionen entstammen der Abholzung oder Degradierung von Wäldern. Unter dem Motto „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ (REDD) entstehen zur Zeit zahlreiche Programme, die darauf abzielen, Abholzung und Walddegradierung zu vermeiden. Zentrale Programme sind *UN-REDD*, das gemeinsam von den UN-Institutionen FAO (Food and Agriculture Organization), UNDP (United Nations Development Programme) und UNEP (United Nations Environment Programme) betrieben wird, und die Forest Carbon Partnership Facility (*FCPF*) der Weltbank. Mit Förderung durch diese Programme erstellen etliche Staaten derzeit sog. *Readiness-Pläne*, auf deren Basis spezifische REDD-Projekte konzipiert werden sollen. Seit dem Klimagipfel in Poznan in 2008 besteht zudem Konsens, dass REDD auch dazu dienen sollte, bestehende Wälder und nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden zu unterstützen (sog. REDD+). Aufforstungsmaßnahmen werden dagegen durch den Clean Development Mechanism (CDM) unterstützt, der im Rahmen des Kyoto-Abkommens geschaffen wurde.

² Vgl. Feldt (2009), S. 2

rieren. In der Folge könnten traditionelle Wirtschaftsweisen, insbesondere der Wanderfeldbau (slash and burn bzw. shifting cultivation), aber auch das Sammeln von Feuerholz, Baumaterial und Waldfrüchten, verstärkt kriminalisiert werden. Auch bisher schon haben zahlreiche indigene Völker damit zu kämpfen, dass ihre Praktiken mit dem Argument verboten werden, sie seien klimaschädlich.³

Gleichzeitig sind indigene Völker nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern verfügen über reichhaltiges traditionelles Wissen, das einen wertvollen Beitrag zur Vorhersage von Klimaveränderungen auf lokaler Ebene sowie zur Entwicklung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen leisten kann. So verfügen indigene Völker in vielen Gegenden der Erde über große Fähigkeiten, aufgrund von Naturbeobachtungen das Wetter vorherzusagen. Die Seenomaden vor Thailand konnten sich z. B. im Dezember 2004 aufgrund des Wissens ihrer Ältesten vor dem Tsunami retten.⁴

Auch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) stellt fest, dass das traditionelle und lokale Wissen ein wichtiges Element ist und

das Arctic Climate Impact Assessment (ACIA) bezieht bereits neben gründlicher wissenschaftlicher Analyse auch das traditionelle indigene Wissen in seine Untersuchungen ein.⁵

Aus allen diesen Gründen ist es für indigene Völker ein zentrales Anliegen, dass sie umfassend und effektiv an den Klimaverhandlungen teilhaben können und ihre Anliegen und Rechte dort umfassend berücksichtigt werden.

2. Indigene Völker: die Anerkennung ihrer Rechte in internationalen Verhandlungen

Mit ihrer Forderung nach einer vollen und effektiven Beteiligung stützen sich die indigenen Völker auf eine Reihe von Abkommen und Erklärungen, in denen ihre Rechte anerkannt werden.

Dazu gehören insbesondere der UN-Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von 1966, der das Recht auf Selbstbestimmung der Völker anerkennt und festlegt, dass kein Volk seiner Subsistenzmittel beraubt werden darf; die ILO-Konvention 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker von 1989, die das Recht indigener Völker anerkennt, eigene Prioritäten für den Entwicklungsprozess festzulegen und bei sie betreffenden staatlichen Maßnahmen mitzuwirken; sowie die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP), die darüber hinaus indigene Landrech-

“The climate crisis threatens our very survival, particularly forest-dependent, ice-dependent peoples, peoples in voluntary isolation, and the indigenous peoples of small island states and local communities. Addressing such vulnerabilities requires recognition, respect and strengthening of the traditional knowledge of indigenous peoples, and strengthening the resilience of ecosystems and Indigenous Peoples and local communities’ capacities to adapt to climate change. Ecosystem-based adaptation based on holistic indigenous peoples’ systems and rights can deliver significant social, cultural, spiritual and economic values to Indigenous Peoples and local communities as well as to the biodiversity of indigenous lands and territories. This should be considered with the full participation of indigenous peoples in the planning, design, implementation, monitoring and evaluation of these measures. The empowerment of Indigenous peoples and local communities is critical to successful adaptation strategies to climate change.”
IIPFCC policy statement 27.9.2009

³ What is REDD? S. 65 ff.

⁴ Galloway McLean, Kirsty (2010), S. 12

⁵ Galloway McLean, Kirsty (2010), S. 13

te und das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC) zu Gesetzen und Projekten, die sie und ihr Land betreffen, anerkennt.

Während die UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) die besondere Bedeutung indigener Völker und ihres Wissens für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen explizit erwähnt, fehlt eine Anerkennung der Rechte und Bedeutung indigener Völker in der Klimarahmenkonvention. Dennoch bemühen sich indigene VertreterInnen seit 2000, ihren Anliegen bei den Verhandlungen der Vertragsstaaten und der verschiedenen Untergremien Gehör zu verschaffen. Zu diesem Zweck hat sich das International Indigenous Peoples Forum on Climate Change⁶ gegründet.

3. Forderungen indigener Völker für die Klimaverhandlungen⁷

Anerkennung der Rechte indigener Völker:

Die zentrale Forderung der indigenen Völker ist, dass sie als Träger von Rechten anerkannt werden und bei allen Klima-relevanten Entscheidungsprozessen und Aktivitäten die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) voll anerkannt und respektiert wird. Dies bedeutet, dass bei allen Programmen und Projekten, die ihr Land und ihre Ressourcen betreffen, ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihr Recht auf freiwillige, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) respektiert werden. Dies schließt das Recht ein, Projekte abzulehnen.

Volle und effektive Beteiligung indigener Völker an allen Klimaschutzprogrammen:

Für indigene Völker ist es von großer Bedeutung, dass sie sich auf allen Ebenen und in allen Phasen an der Ausarbeitung von Klimaschutzprogrammen beteiligen können, darunter an der wissenschaftlichen Klimaforschung, an der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung Nationaler Anpassungs- und Minderungspläne sowie an den REDD-Programmen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene. Dies erfordert wiederum, dass sie direkten Zugang zu allen im Rahmen der UNFCCC geschaffenen Programmen und Maßnahmen erhalten, u. a. zu denjenigen für capacity building und Technologietransfer sowie zu den Finanzierungsmechanismen.

Anerkennung der spirituellen Beziehung indigener Völker zu ihrem Land und ihres traditionellen Wissens:

Die VertreterInnen indigener Völker betonen, dass sie bereit sind, mit ihrem Wissen zur wissenschaftlichen Forschung beizutragen und die Kenntnislage über den Klimawandel, Anpassungs- und Minderungsstrategien damit zu verbessern. Gleichzeitig betonen sie jedoch, dass dabei die Rechte an ihrem geistigen Eigentum gewahrt bleiben müssen.

Sicherung indigener Territorien:

Über die Klimaverhandlungen hinaus weisen die Forderungen der indigenen Völker, dass ihre Territorien, ihr Zugang zu ihrem Land und die Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaftsweise umfassend geschützt werden müssen. Doch auch für die Minderung des Klimawandels ist dies eine essenzielle Voraussetzung und daher die Anerkennung und Förderung der Rechte der indigenen Völker im Rahmen der UNFCCC dringend geboten. Dies sollte auch dazu führen, dass die Staaten das Recht indigener Völker auf Mobilität (unabhängig von Verwaltungsgrenzen) und auf Verbleib auf ihrem Land gewährleisten. Dazu gehört, dass indigene Völker vor Zwangsumsiedlungen geschützt werden und in freiwilliger

⁶ www.indigenousclimate.org

⁷ Vgl. Z. B. Anchorage Declaration (2009), IIPFCC (2009), International Indigenous Peoples' Technical Workshop (2010)

Isolation verbleiben können, und dass indigene Völker wieder Zugang zu Land erhalten, das ihnen enteignet wurde.

Ein verbindliches Abkommen mit umfangreichen Reduktionsverpflichtungen:

Um ihre Territorien vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren, fordern die indigenen VertreterInnen ein verbindliches Abkommen mit umfangreichen Reduktionsverpflichtungen. Insbesondere von den Industrieländern fordern sie, dass sie ihre historische Schuld an der Erderwärmung anerkennen, ihre Wirtschaftsweise schnellstmöglich in Richtung auf eine kohlenstoffarme Zukunft umstellen und entsprechend weitreichende Verpflichtungen zur Emissionsreduktion verbindlich zusagen, um die Folgen des Klimawandels beherrschbar zu halten. Ihre auf den Berechnungen des IPCC basierende Forderung nach einer Reduktion von 45 % bis 2020 und 95 % bis 2050 (auf Basis von 1990) deckt sich mit den Forderungen der Umweltschützer.

Strittig ist unter den verschiedenen indigenen Völkern die Frage, ob REDD und marktbasierende Mechanismen grundsätzlich abgelehnt werden sollten oder indigene Gemeinden von Fall zu Fall auf der Grundlage vorheriger Information ihre freiwillige Zustimmung zu einem Projekt erklären (bzw. es bei Nicht-Zustimmung ablehnen) sollten. Ebenfalls strittig ist die Haltung zu fossilen Energieträgern: während viele Indigene für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und für ein Moratorium neuer fossiler Projekte auf oder in der Nähe ihres Landes eintreten, betonen andere, dass ihr Recht auf Entwicklung beim langfristigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energie gewahrt bleiben muss.

Der Indigenous Peoples' Caucus, d.h. das täglich zusammenkommende Gremium der indigenen TeilnehmerInnen an den Klimaverhandlungen, beschloss daher im August 2009, drei Forderungen in den Mittelpunkt der weiteren Arbeit zu stellen⁸:

- die Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sowie die explizite Erwähnung der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) in den Verhandlungstexten;
- die Anerkennung des Rechts auf freiwillige, vorherige informierte Zustimmung (FPIC);
- die Anerkennung der Bedeutung traditionellen Wissens.

4. Berücksichtigung indigener Forderungen: von Kopenhagen nach Cancún

Die 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen (7.-18. Dezember 2009) endete ohne ein verbindliches Abkommen und verbindliche Reduktionsverpflichtungen. Im sogenannten *Copenhagen Accord* finden weder die Menschenrechte noch indigene Völker Erwähnung. Allerdings wird die Notwendigkeit anerkannt, die Wälder zu erhalten, und es wird festgehalten, dass der REDD-Mechanismus weiterentwickelt⁹ und zusätzliche Finanzierung¹⁰ bereit gestellt werden soll, unter anderem durch Emissi-

⁸ Forest Peoples Programme (2010a), S. 5

⁹ Absatz 6 des Copenhagen Accord lautet: „We recognize the crucial role of reducing emission from deforestation and forest degradation and the need to enhance removals of greenhouse gas emission by forests and agree on the need to provide positive incentives to such actions through the immediate establishment of a mechanism including REDD-plus, to enable the mobilization of financial resources from developed countries.“

¹⁰ Absatz 10 des Copenhagen Accord: “Scaled up, new and additional, predictable and adequate funding as well as improved access shall be provided to developing countries, in accordance with the relevant provisions of the Convention, to enable and support enhanced action on mitigation, including substantial finance to reduce emissions from deforestation and forest degradation (REDD-plus), adaptation, technology development and transfer and capacity-building, for enhanced implementation of the Convention.“ Für 2010-2012 sollen 30 Mrd USD, bis 2020 jährlich 100 Mrd USD aufgebracht und in erster Linie den gefährdetsten Ländern zur Verfügung gestellt

onshandel. Der Beschluss zu REDD¹¹ wiederum erkennt die Notwendigkeit an, indigene Völker und lokale Gemeinschaften umfassend und effektiv an der Überwachung und Berichterstattung von REDD zu beteiligen und erkennt an, dass deren Wissen wertvolle Beiträge hierzu leisten kann¹². Zudem wird die Entwicklung von Leitlinien zur Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften an der Überwachung und Berichterstattung ermutigt, wenn auch mit der Einschränkung „soweit angemessen“ („as appropriate“)¹³.

Dies stellte einen deutlichen Rückschritt im Vergleich zu bei den Vorverhandlungen in diversen Arbeits- und Untergruppen im Laufe von 2009 erreichten Entscheidungsvorlagen dar¹⁴. Diese hatten noch einen Bezug zur UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und FPIC enthalten, wenn auch in unverbindlicher Form und in Klammern, d.h. noch ohne Zustimmung aller Staaten. Zudem wurde mehrfach auf die Bedeutung von *safeguards* für die betroffene Bevölkerung hingewiesen und im Agrarkapitel wurden indigene Landwirtschaftsmethoden anerkannt. Dies hat besondere Bedeutung, da von Indigenen praktizierter Wanderfeldbau häufig als Ursache für Waldzerstörung bezeichnet und kriminalisiert wird. Gerade die Verhandlungen zu REDD+ waren vor Kopenhagen relativ weit gediehen und die Verankerung indigener Rechte in den Dokumenten schien in greifbarer Nähe, doch ließen sich diese Fortschritte bei den hoch politischen Verhandlungen am Ende der COP letztendlich nicht durchsetzen und die entsprechenden Dokumente wurden nicht zu Ende verhandelt.

Diese Textentwürfe stellten allerdings eine wertvolle Ausgangsbasis für die Verhandlungen in 2010 dar. Gleichzeitig drohte nach Kopenhagen die Gefahr, dass REDD durch Finanzausgaben der Industrieländer weiter vorangetrieben würde, ohne dass die Rechte der Betroffenen ausreichend geschützt waren. Zudem wurde in Kopenhagen völlig ausgeklammert, Triebkräfte für Entwaldung in den Industrieländern zu analysieren.

Für die indigenen Völker bedeuteten die Ergebnisse von Kopenhagen folgende Schwerpunkte für die darauf folgenden Verhandlungen¹⁵:

- auf den vorhandenen Bezügen zu indigenen Völkern aufzubauen und sie auszubauen
- auf die Entwicklung von Methodologien dahingehend Einfluss zu nehmen, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften umfassend beteiligt werden, und zwar nicht nur in Bezug auf Überwachung und Berichterstattung, sondern auch bei der Planung und Implementierung
- die laufenden REDD-Programme und -Projekte auszuwerten und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen

werden. Da die Einrichtung eines *Green Climate Fund* zwar in den *Copenhagen Accord* Eingang fand, die Klärung der Modalitäten aber auf die COP 16 verschoben wurde, werden die Gelder über internationale Mechanismen wie UNREDD und die Weltbank-Faszilität FPCF sowie bilateral verteilt werden.

¹¹ (4/CP.15)

¹² „Recognizing the need for full and effective engagement of indigenous peoples and local communities in, and the potential contribution of their knowledge to, monitoring and reporting of activities relating to decision 1/CP.13, paragraph 1 (b) (iii);“; 1/CP.13, Abs. 1 (b) (iii) bezieht sich auf den im Bali Action Plan gefassten Beschluss zu verstärkten Minderungsanstrengungen u. a. durch: “Policy approaches and positive incentives on issues relating to reducing emissions from deforestation and forest degradation in developing countries; and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries;“

¹³ „3. Encourages, as appropriate, the development of guidance for effective engagement of indigenous peoples and local communities in monitoring and reporting;“

¹⁴ Für eine ausführliche Darstellung der Prozesse im Vorfeld von Kopenhagen und der dort gefassten Beschlüsse zu REDD und indigenen Völkern s. Forest Peoples Programme (2010a), zu den Zwischenverhandlungen in Bonn vom 31.5 bis 10.7.2010 s. Forest Peoples Programme (2010b).

¹⁵ Tauli Corpuz (2010)

- dass Wege zur Vermeidung von Entwaldung und Walddegradierung für Entwicklungs- und Industrieländer entwickelt werden

Cancún

Bei der Gesamtbewertung der Ergebnisse von Cancún unterscheiden sich die indigenen Organisationen ebenso wie die UmweltschützerInnen. Ein Teil der Indigenen begrüßt die Festlegung der Staatengemeinschaft auf das Ziel, die Erderwärmung nicht über 2 Grad Celsius ansteigen lassen zu wollen, und die mögliche Anhebung dieses Ziels auf 1,5 Grad¹⁶. Das eigentliche Ziel des Indigenous Peoples' Forum on Climate Change ist allerdings das noch ambitioniertere Ziel von 1 Grad Celsius, da nur dieses ausreichen würde, die besonders bedrohten Ökosysteme, in denen viele von ihnen leben, zu bewahren. Für andere indigene Organisationen steht dagegen im Vordergrund, dass die bisher gemachten Zusagen der Staaten bei weitem nicht ausreichen, auch nur das 2 Grad-Ziel zu erreichen. Sie verurteilen zudem insbesondere das kontinuierliche Setzen auf Marktmechanismen zur Emissionsreduzierung, das ein drastisches Umsteuern in den Industrieländern aufschiebt¹⁷.

Positiv hervorgehoben wird am Cancún Agreement von vielen Organisationen, dass:

- überhaupt eine Einigung im Rahmen der Vereinten Nationen zustande kam
- das Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, anerkannt wurde und ein Mechanismus zur möglichen Verschärfung auf 1,5 Grad angelegt wurde
- sowohl für Industrieländer als auch für Entwicklungsländer Mechanismen zur Emissionsreduktion festgelegt wurden, die bei den Industrieländern zu einer Reduktion von 25 – 40 % der Emissionen bis 2020 (mit 1990 als Basisjahr) führen sollen und Entwicklungsländern internationale Unterstützung in Aussicht stellen
- ein Kompromiss zur internationalen Überprüfbarkeit der Reduktionen gefunden wurde (Überprüfung auf nationaler Ebene nach international festgelegten Kriterien)
- sowohl 30 Mrd \$ kurzfristige Finanzierung bis 2012 zugesagt wurden als auch ein Fonds zur langfristigen Finanzierung eingerichtet wurde, der bei der COP angesiedelt ist und dessen Vorstand paritätisch von Industrie- und Entwicklungsländern besetzt wird
- weiter über eine 2. Periode des Kyoto Protokolls verhandelt wird, die Ergebnisse des International Panel on Climate Change (IPCC) als Grundlage anerkannt werden und der Clean Development Mechanism und Joint Implementation weiterbestehen
- Strukturen geschaffen wurden, um Anpassungsmaßnahmen sowie Technologietransfer und capacity building in Entwicklungsländern zu fördern

Vgl. z.B. <http://servindi.org/actualidad/37114>

Zentrale Kritikpunkte am Cancún Agreement sind dagegen, dass:

- der sog. „Konsens“ unter massivem Druck entstand und Einsprüche übergangen wurden
- keine verbindlichen Emissionsreduktionen festgelegt wurden, die das 2 Grad-Ziel erreichen lassen und die bisher gemachten Zusagen der Einzelstaaten eher auf eine Erwärmung um 4 Grad hinauslaufen werden
- der Green Climate Fund von der Weltbank verwaltet wird und es keine feste Vereinbarung gibt, wie die dafür zugesagten Gelder aufgebracht werden
- weiterhin vor allem auf marktbasierende Lösungen gesetzt wird, mit denen die Industrieländer eine grundlegende Umorientierung ihrer Wirtschaftsweise umgehen können und die zu weiteren Landenteignungen führen können
- die Kohlenstoffabscheidung und –speicherung (CCS) in den Clean Development Mechanism aufgenommen wurde und dadurch zu einer Rechtfertigung für den Bau einer neuen Generation von Kohlekraftwerken führen wird, die eine Festlegung auf fossile Energie auf Jahrzehnte bedeuten

Vgl. z.B. Indigenous Environmental Network (2010)

¹⁶ Vgl. z.B. servindi (2010)

¹⁷ Vgl. z.B. Indigenous Environmental Network (2010)

In Bezug auf die Anerkennung ihrer Rechte haben die indigenen Völker im Vergleich zu Kopenhagen erhebliche Fortschritte erzielen können.¹⁸

In der Präambel des Cancún Agreements wird ein Bericht des UN-Menschenrechtsrats über *Menschenrechte und Klimawandel*¹⁹ zur Kenntnis genommen (wenn auch nicht formell angenommen) und somit ein rechte-basierter Ansatz gestärkt. In dem Kapitel zur Gemeinsamen Vision (shared vision) finden indigene Völker explizite Erwähnung und es wird anerkannt, dass ihre effektive Beteiligung für wirkungsvolle Maßnahmen zu allen Aspekten des Klimawandels wichtig ist. Die Erwähnung der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker in diesem wichtigen Kapitel konnte zwar nicht erreicht werden und auch FPIC findet keinen Niederschlag in dem Abschlussdokument. Dennoch stellen die Beschlüsse von Cancún einen wichtigen Schritt dar, die am stärksten betroffenen Gruppen nicht nur als Opfer, sondern als Träger von Rechten anzuerkennen.

In den Beschlüssen zu REDD wird bei der Entwicklung und Implementierung nationaler Strategien und Pläne die volle und effektive Beteiligung der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften gefordert. Zudem wird die Einhaltung von *safeguards* gefordert. Die nähere Erläuterung zu den Leitlinien und *safeguards* zu REDD+ enthält unter anderem die Bestimmung, dass das Wissen und die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften respektiert werden sollen. Neben internationalen Verpflichtungen sowie nationalen Gegebenheiten und Gesetzen findet an dieser Stelle auch die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker Erwähnung. Zudem soll die volle und effektive Beteiligung relevanter *stakeholder*, darunter indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, gefördert werden. Zwar sollen diese *safeguards* „gefördert“ und „unterstützt“ („promoted and supported“) werden, ohne dass ihre Einhaltung verbindlich festgeschrieben wird, und die UNDRIP wird lediglich „zur Kenntnis genommen“. Dennoch stellen diese Textpassagen – die noch während der COP hoch umstritten waren und zwischenzeitlich aus den Textentwürfen gestrichen waren, aber letztendlich wieder aufgenommen wurden - einen großen Erfolg der indigenen VertreterInnen bei den Klimaverhandlungen dar und bilden eine wichtige Grundlage für die weitere Einforderung ihrer Rechte. Auch im Kapitel zu Landwirtschaft wird Bezug auf die Rechte indigener Völker und traditionellen Feldbau genommen.

Weitere wichtige Passagen, die in Zwischenstufen der Verhandlungstexte phasenweise vorhanden waren, finden sich im Abschlussdokument nicht mehr wieder. Dies trifft insbesondere auf den Bereich *Monitoring, Reporting and Verification* (MRV) zu. Dieses Thema war – zusammen mit verbindlichen Reduktionsverpflichtungen und Finanzierungszusagen - in sämtlichen Verhandlungsbereichen hoch umstritten, so dass im Bereich REDD+ nun nur noch der Aufbau eines Informationssystems vorgesehen ist, mit dem die Staaten überwachen und berichten, wie sie Maßnahmen zum Waldschutz umsetzen. Das Organ zur wissenschaftlichen und technischen Fragen (SBSTA) wird beauftragt, ein Informationssystem zu entwickeln, wie die *safeguards* umgesetzt werden. Auch zur Rolle des Emissionshandels zur Finanzierung von REDD+ wurde in Cancún kein Beschluss gefasst. Ausgesprochen besorgniserregend ist die Tatsache, dass ein dreistufiger Umsetzungsprozess beschlossen wurde, der die Etablierung von Kohlenstoffmärkten ermöglicht, bevor *safeguards* entwickelt und verbindlich festgeschrieben sind. Diese Diskussionen werden bei der nächsten COP in Durban und auf dem Weg dahin weitergeführt werden.

¹⁸ www.unfccc.org, mdl. Kommunikation mit Francesco Martone / Forest Peoples Programme, Feb. 2011

¹⁹ OHCHR (2009)

5. Die Position Deutschlands

Der bereits erwähnte Bericht des Hochkommissariats für Menschenrechte über den Klimawandel und Menschenrechte²⁰ stellt die Pflicht von Staaten heraus, die Bedrohung, die der Klimawandel für das Recht auf Selbstbestimmung und die soziale und kulturelle Identität indigener Völker bedeutet, abzuwenden. Da diese Bedrohung insbesondere von den Industriestaaten ausgeht, die den größten Anteil am Klimawandel haben, steht auch Deutschland in der Pflicht, indigene Völker in besonderem Maße zu unterstützen.

Die Bundesregierung kommt dieser Pflicht in Teilen nach. Wohl hat sie in den Klimaverhandlungen den Bezug zur UNDRIP im Verhandlungstext zu REDD unterstützt. Ein weitergehendes Engagement, die Rechte der indigenen Völker zu stärken, ist jedoch nicht erkennbar. Daher bleibt die Position der Bundesregierung ebenso wie der EU insgesamt enttäuschend. Inwieweit dies daran liegt, dass in Deutschland die Federführung für die Klimaverhandlungen beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) liegt, die Zuständigkeit für indigene Völker aber beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesiedelt ist, kann von außen nicht beurteilt werden. Die Bundesregierung sollte jedoch dringend ihre Position überdenken und ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den vom Klimawandel besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen, darunter den indigenen Völkern, umfassend nachkommen.

Ein zentrales Programm Deutschlands zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen ist die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI)²¹. Diese verwendet Einnahmen aus dem Emissionshandel dafür, in Entwicklungs-, Schwellen und Transformationsländern die Umstellung auf eine klimafreundliche Wirtschaft, Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie REDD-Projekte zu fördern. Bis zum 30.9.2010 wurden durch die IKI 184 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 360 Millionen Euro unterstützt; jährlich stehen 120 Mio. EUR zur Verfügung. Die 2008 gestartete IKI stellt einen zentralen Beitrag zum fast start finance, d.h. der in den Klimaverhandlungen zugesagten kurzfristigen finanziellen Unterstützung von Entwicklungsländern, dar. Die Projekte sind thematisch divers, vom Aufbau von Kohlenstoffmärkten in Afrika bis zur Einrichtung von Küsten- und Waldschutzgebieten. In etlichen Projektbeschreibungen wird angegeben, dass ihre Umsetzung in Kooperation mit der lokalen Bevölkerung geschieht. Inwieweit dies systematisch erfolgt und welche Kriterien dabei angelegt werden, ob z.B. die freiwillige vorherige und informierte Zustimmung der Bevölkerung zwingend vorgeschrieben ist, ist nicht erkennbar. Dadurch dass die Initiative beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) angesiedelt ist, fehlt eine klare Verknüpfung zu den im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erarbeiteten entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Leitlinien.

Zudem unterstützt die Bundesregierung über die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz, jetzt Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, giz) regionale indigene Organisationen dabei, fachliche und technische Kompetenzen aufzubauen, um fundierte, abgestimmte Positionen u. a. zum Thema Klimawandel/Klimaanpassung (REDD+) formulieren zu können²².

Gleichzeitig hat die Bundesregierung für 2011 einen Beitrag von 24,5 Mio \$ zum FCPF Readiness Fund zugesagt und ist damit zum zweitgrößten Geber nach Norwegen aufgestiegen. Auch für den

²⁰ OHCHR (2009)

²¹ Internationale Klimainitiative (2010)

²² Spohn (2010)

FCPF Carbon Fund, aus dem die eigentlichen Zahlungen für vermiedene Entwaldung erfolgen sollen, hat Deutschland bereits Zahlungen zugesagt.²³ Für indigene VertreterInnen gibt dies großen Anlass zur Sorge, da noch vollkommen unklar ist, inwieweit hierbei die Rechte indigener Völker gewahrt werden²⁴. Einerseits bekennt sich die FCPF zwar zu den sich unter UNFCCC herausbildenden *safeguards*, und indigene und Nichtregierungsorganisationen haben Beobachterstatus in Entscheidungsgremien. Auch fördert die FCPF einige indigene Organisationen direkt und betont, dass in zunehmendem Maße verschiedene stakeholder, darunter indigene Völker, in die nationalen REDD-Prozesse einbezogen würden und in einigen Ländern²⁵ indigene Organisationen in den nationalen REDD+ Arbeitsgruppen vertreten seien²⁶. Doch zeigt ein Bericht²⁷ der Nichtregierungsorganisationen Forest Peoples Programme (FPP) und (FERN) vom März 2011, dass FCPF die Standards der Bank eher verwässert statt stärkt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass in den *readiness*-Plänen die Rechte der WaldbewohnerInnen nicht anerkannt werden und keine konkreten Vorschläge gemacht werden, wie Landkonflikte gelöst werden können. Es fanden keine angemessenen nationalen Konsultationen statt, die Verfügungsgewalt des Staates (statt lokaler Gemeinschaften) über die Waldressourcen wird betont und die Bewertung des Kohlenstoffes hat Vorrang vor dem Schutz der Lebensgrundlagen, der Artenvielfalt und kulturellen Werten.

Nach Aussage von Joji Carino von der Tebtebba Foundation wurde in 21 von 22 in 2010 vorliegenden *readiness* Plänen keine Analyse der Landbesitzverhältnisse vorgenommen²⁸. Zudem ermöglicht es der in Cancún beschlossene dreistufige Ansatz, dass Märkte geschaffen werden und Emissionshandel etabliert wird, ohne dass Kriterien und *safeguards* für die Durchführung von Projekten festgelegt werden. Dies verstärkt noch die Sorge indigener VertreterInnen, dass es durch REDD und die FCPF zu weiteren Verletzungen ihrer Rechte kommt. Hier ist die Bundesregierung dringend gefordert, ihren politischen Einfluss in den internationalen Gremien zu nutzen, damit die Beteiligung der lokalen Bevölkerung an *readiness* Plänen und die Berücksichtigung ihrer Landrechte zur klaren Bedingung für eine finanzielle Unterstützung wird. Auch in der bilateralen Zusammenarbeit sollte neben der direkten Unterstützung indigener Organisationen ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, in Regierungsdialogen die Themen indigene Völker und Landbesitzverhältnisse anzusprechen. So sollten z. B. Partnerregierungen dabei beraten werden, wie die Rechte indigener Völker, darunter FPIC, in nationales Recht und nationale Programme umgesetzt werden können. Gerade von Staaten, die die UNDRIP unterzeichnet haben oder an REDD Programmen teilnehmen wollen, sollte die Berücksichtigung dieser Themen dringend eingefordert werden.

6. Ausblick: Von Cancún nach Durban

Indem das Cancún Agreement an etlichen Stellen Bezug auf indigene Völker nimmt, die Notwendigkeit ihrer Beteiligung an allen Aspekten der Klimamaßnahmen anerkennt und im Anhang zum REDD-Kapitel auch die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker Erwähnung findet, haben die indige-

²³ FCPF (2010), S. 26. Für 2011 macht die Zusage fast 40 % der Mittel des Fonds aus, insgesamt (2009 – 2012) liegt der deutsche Beitrag bei 16 %.

²⁴ Z.B. geäußert von indigenen VertreterInnen bei der vom BMZ organisierten Tagung „Indigenous Peoples and Human Rights“ am 29.3.2011 in Berlin.

²⁵ DR Kongo, Kenia, Panama und Uganda

²⁶ FCPF (2010), S. 13

²⁷ FERN (2011), s. a.

<http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/news/2011/03/Smoke%20and%20Mirrors%20Press%20Release%20March%202011.pdf>

²⁸ Mündliche Kommunikation anlässlich der vom BMZ organisierten Tagung „Indigenous Peoples and Human Rights“ am 29.3.2011 in Berlin.

nen RepräsentantInnen einen beachtenswerten Erfolg erzielt. Aus Sicht der Indigenen ist allerdings wünschenswert, dass zusätzlich die UNDRIP in der *shared vision* anerkannt und FPIC für alle Projekte und Programme festgeschrieben wird.

Zentral für die in 2011 anstehenden Verhandlungen wird jedoch vor allem sein, wie nun die Leitlinien für die Umsetzung der Vereinbarungen in den diversen Verhandlungssträngen ausgearbeitet werden. In den Grundlagenstudien, die den derzeitigen Zustand der Wälder erheben, um die Effektivität künftiger REDD-Maßnahmen bewerten zu können, müssen Ursachen der Entwaldung, den Umgang mit Wald regulierendes Recht, Nutzungsansprüche usw. mit berücksichtigt werden²⁹. NGOs wie das Forest Peoples Programme warnen, dass verschiedene REDD-Programme – insbesondere FCPF und die kurz vor der COP 15 in Kopenhagen geschaffene Interim REDD+ Partnership, aber auch UN-REDD - die Bedeutung von *safeguards* herunterspielen und bestehende Standards verwässert werden.³⁰ Wie oben beschrieben, hält die nationale Umsetzung mit den Fortschritten bei den internationalen Verhandlungen nicht Schritt. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass die Einhaltung umfassender *safeguards* für jegliche Finanzierung zur verbindlichen Voraussetzung wird. Dies bedeutet auch, dass keine Kohlenstoffmärkte für REDD(+) eingerichtet werden dürfen, bevor die entsprechenden *safeguards* etabliert sind und ihre Einhaltung gewährleistet ist. Zudem müssen die Landbesitzverhältnisse zum zentralen Thema bei der Umsetzung aller Klimamaßnahmen gemacht werden. Um zu verhindern, dass in den nationalen Prozessen die betroffene Bevölkerung übergangen wird, müssen indigene Völker und lokale Gemeinschaften an der Entwicklung von Indikatoren zur Messung und Überwachung von Klimaschutzinitiativen beteiligt werden. Im April 2011 haben indigene VertreterInnen begonnen, eigene Indikatoren zu entwickeln, die sie in den weiteren Verhandlungsprozess einbringen werden.³¹ Ein weiteres Anliegen der indigenen VertreterInnen ist die Einrichtung eines dauerhaften Beratungsgremiums, das die Beteiligung indigener VertreterInnen an allen sie betreffenden Beratungen sicherstellt, oder zumindest die Anerkennung eines offiziellen Beraterstatus wie dies bei den Verhandlungen im Rahmen der Konvention über Artenvielfalt bereits der Fall ist. Zudem ist nach wie vor massive Informationsarbeit über REDD (+) durch Staaten und indigene Organisationen selbst notwendig, damit lokale Gemeinschaften in die Lage versetzt werden, fundierte Entscheidungen zu treffen. Hierfür ist weitere Unterstützung indigener Organisationen und ihr direkter Zugang zu den Strukturen technischer und finanzieller Unterstützung notwendig.³²

7. Die Umweltschutzbewegung und indigene Völker: Anknüpfungspunkte und Divergenzen

Für die Umweltbewegung gibt es eine Reihe von Anknüpfungspunkten und Kooperationsmöglichkeiten mit indigenen Organisationen.

Zum einen haben indigene Völker mit ihrer nachhaltigen Lebensweise stark zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beigetragen. In vielen Fällen haben sie vehement gegen die Erschließung fossiler Energieträger gekämpft. Zwar entscheiden sich einige indigene Gemeinschaften heutzutage für die kommerzielle Ausbeutung von Ressourcen, doch stellen diese eher die Minderheit dar. Wissenschaft-

²⁹ Tebtebba Bangkok Press Statement (2011)

³⁰ Forest Peoples Programme (2011)

³¹ Tebtebba Bangkok Press Statement (2011)

³² Tebtebba Bangkok Press Statement (2011)

lerInnen³³ kommen in ihren Studien zu dem Schluss, dass die intaktesten Wälder dort existieren, wo indigene oder lokale Gemeinschaften die größte Kontrolle über ihre Territorien haben.

Auch in den Klimaverhandlungen decken sich viele Forderungen der indigenen Organisationen mit denjenigen der Umweltverbände. So setzen die indigenen VertreterInnen sich sehr dafür ein, dass es ein verbindliches Abkommen mit umfangreichen Reduktionsverpflichtungen gibt, die die Erderwärmung möglichst auf 1 Grad Celsius begrenzen sollten. Viele indigene Organisationen stehen Marktmechanismen kritisch gegenüber, da sie eine tiefgreifende Änderung der Wirtschaftsweise in den Industrieländern als prioritär ansehen (wobei es unter indigenen ebenso wie unter Umweltorganisationen keine durchgängige Ablehnung der Kohlenstoffmärkte gibt). Als Mitglieder der offiziellen Delegationen mehrerer Staaten können indigene VertreterInnen zudem dabei hilfreich sein, einen umfassenden Informationsaustausch herzustellen.

Dennoch ist festzustellen, dass viele Umweltorganisationen sich kaum für die Anliegen der indigenen Völker interessieren. Diese Position sollten sie dringend überdenken, um einerseits selbst zusätzliche Bündnispartner zu gewinnen und gleichzeitig den Biodiversitäts- und Klimaschutz voranzutreiben, indem indigene Gemeinschaften unterstützt werden, ihre klimafreundliche Lebensweise aufrecht zu erhalten.

³³ Z. B. Agrawal (2007)

LITERATUR

Agrawal, Arun und Ashwini Chhatre (2007) *State Involvement and Forest Co-Governance: Evidence from the Indian Himalayas*. *Studies in Comparative International Development (SCID)*, Volume 42, Numbers 1-2, 67-86. <http://www.springerlink.com/content/k4wu0078i02g05j6>

Anchorage Declaration (2009) *Indigenous Peoples' Global Summit on Climate Change*. <http://www.indigenoussummit.com/servlet/content/declaration.html>

FCPF (2010) *Annual Report*.

<http://www.forestcarbonpartnership.org/fcp/sites/forestcarbonpartnership.org/files/Documents/PDF/Nov2010/2010FCPF-annual%2007.pdf>

Feldt, Heidi (2009) *Indigene Völker und Klimapolitik. Überblick über die aktuelle Situation und indigene Positionen im Kontext der Verhandlungen zur Klimarahmenkonventionen*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz). <http://www2.gtzt.de/dokumente/bib-2009/gtz2009-0377de-indigene-voelker-klimapolitik.pdf>

FERN und Forest Peoples Programme (2011) *Smoke and mirrors: A critical assessment of the Forest Carbon Partnership Facility*. <http://www.fern.org/sites/fern.org/files/Smokeandmirrors.pdf>

Forest Peoples Programme (2010a) *Taking stock of Copenhagen: outcomes on REDD+ and rights*. <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2010/02/reddcop15copenhagenreviewjan10eng.pdf>

Forest Peoples Programme (2010b) *The emergence of the REDD Hydra. An analysis of the REDD-related discussions and developments in the June session of the UNFCCC and beyond*. <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2010/08/reddhydraunfccjul10eng.pdf>

Forest Peoples Programme (2011) *REDD and rights: lost in translation*.

<http://www.forestpeoples.org/topics/un-framework-convention-climate-change-unfccc/news/2011/02/redd-and-rights-lost-translation>

Galloway McLean, Kirsty (2010) *Advance Guard: Climate Change Impacts, Adaptation, Mitigation and Indigenous Peoples – A Compendium of Case Studies*. United Nations University – Traditional Knowledge Initiative, Darwin, Australia.

http://www.unutki.org/downloads/File/Publications/UNU_Advance_Guard_Compendium_2010_final_web.pdf

IIPFCC (2009) *Policy Paper on Climate Change* <http://www.indigenouportal.com/Climate-Change/IIPFCC-Policy-Paper-on-Climate-Change-September-27-2009.html>

Indigenous Environmental Network (2010) *Mexico: Cancún Betrayal: UNFCCC Unmasked As WTO Of The Sky: Real Solutions To The Climate Crisis Will Come From Grassroots Movements*.

<http://www.climate-justice-now.org/cancun-betrayal-unfccc-unmasked-as-wto-of-the-sky/>

Internationale Klimainitiative (2010). http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/home_international

International Indigenous Peoples' Technical Workshop with States on the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) Negotiations (2010). Xcaret, Quintana Roo, Mexico, 27-29 September 2010. www.indigenouclimate.org

OHCHR (2009) *Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the relationship between climate change and human rights*. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/103/44/PDF/G0910344.pdf?OpenElement>

Servindi (2010) *ONU: Concluye Cancún con acuerdos. Mencional Declaración sobre Derechos de los PPII*. <http://servindi.org/actualidad/37114>

Spohn, Silke (2010) *Indigene Rechte in der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika*. Präsentation während der INFOE Tagung „Im Blickpunkt“, 30.9. bis 2.10.2010, Köln.

Tauli Corpuz, Victoria (2010) *REDD + Safeguards*. Präsentation von Vicky Tauli Corpuz bei der Fachtagung des Forums Umwelt und Entwicklung und des DNR: *Biodiversität schützen – auch ohne Klimaabkommen? Stand der UNFCCC Verhandlungen*. 28.-29. Januar 2010 in Bonn.

Tebtebba Bangkok Press Statement (2011) Implications on Indigenous Peoples of the Decision on REDD Plus in the Cancun [sic]. 7. April 2011.

http://www.indigenousclimate.org/index.php?option=com_content&view=article&id=151%3Atebtebba-bangkok-press-statement&catid=3%3Anews&lang=en
